

Besinnung auf die Landesplanung

Autor(en): **Marti, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme**

Band (Jahr): **26 (1969)**

Heft 5

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-782988>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Besinnung auf die Landesplanung

Hans Marti, dipl. Arch. BSA/SIA, Planer BSP, Zürich

Ansprache in der Bürkli-Anlage Zürich vom 1. August 1969

Die hohe Ehre hier zu reden, wo letztes Jahr Bundesrat Celio begeistert und in die Zukunft weisend sprach, verpflichtet mich, dort zu beginnen, wo er aufgehört hat. Grösser und schwerer zu lösen werden die Aufgaben, die uns der Wohlfahrtsstaat stellt. Als Fachmann, der sich mit Bau- und Planungsfragen abgibt, beschränke ich mich auf mein Fach und versuche, das herauszuschälen, was wir mit Hilfe des Volkes zu seinen Gunsten leisten können.

Drei Dinge sind's, die uns an diesem Feiertag zur Besinnung führen:

die Wohnung
der Verkehr und
die Schönheit der Schweiz

Vorher wollen wir aber noch einen Blick in die eidgenössische Politik werfen. (Hier folgt ein Ausblick über Art. 22ter und quater Bundesverfassung, worüber Volk und Stände am 14. September 1969 zu befinden hatten.)

Die herrschende aus dem vergangenen Jahrhundert stammende Ordnung ist überholungsbedürftig. Viele unserer Baugesetze sind geschaffen worden, als das Auto noch gar nicht da war. Neue Baumethoden, neue Bauformen und Eigentumsgruppierungen setzen sich durch, obwohl die Rechtslage an vielen Orten die alte geblieben ist. Zwischen Winterthur und Olten bildet sich eine zusammenhängende Stadt; Städte und Industriedörfer weiten sich unkontrolliert aus; Bauerndörfer werden zu Wohndörfern und Städten. Ueberall ist Land für Bauzwecke angerissen, tatsächlich erschlossenes aber mit Strassen und Leitungen versehenes und zweckmässig eingeteiltes, also reifes Bauland ist rar. Darum sind auch die Preise so hoch. Die Wohnbebauung, die wir beisammen halten sollten, weicht ins freie Land aus. Dem Goldregen für die ehemaligen Besitzer folgt das Gewitter mit schlechten Folgen für uns alle.

Eine besondere Sorge erfasst mich, wenn ich an die Wohnung denke und an ihren Preis. Als wir vor fast 40 Jahren studierten, prägten wir uns ein: Die Miete darf nur einen Sechstel, höchstens einen Fünftel des Einkommens betragen. Das hat sich grundlegend geändert. Ein Viertel oft schon ein Drittel sind zur Regel geworden. Zugegeben, wir standen mitten in der grossen Weltwirtschaftskrise. Zugegeben auch, die Ansprüche waren weniger hoch. Der Leerwohnungsbestand schwankte damals um 5 Prozent, das Angebot überwog beträchtlich. Seit dem Zweiten Weltkrieg leiden wir am Wohnungsmangel; in unserer Stadt sank der Leerwohnungsbestand unter 1 Prozent. Entsprechend sind die Preise gestiegen, die

unter Kontrolle genommen werden mussten. Es ist zutiefst bedauerlich, dass es uns trotz grosser Anstrengungen — ich erinnere an die grossen Leistungen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden und an die Initiative der Privaten — noch nicht gelungen ist, das verlorene Gleichgewicht wieder herzustellen. Das Mietnotrecht bringt uns keine dauerhafte Lösung.

Den Kampf gegen die Wohnungsnot betrachte ich als nationale Aufgabe; wir müssen ihn — wo wir politisch auch stehen mögen — mit vereinten Kräften führen. Die Wohnung braucht jedermann. Wir Planer und unsere Partner — die Vertreter der Öffentlichkeit, die Gemeinde- und Stadträte mit den technischen Instanzen — müssen dafür sorgen, dass günstig gelegenes Bauland mit Strassen und Leitungen tatsächlich erschlossen und mit Verkehrseinrichtungen versehen wird. Unsere Pläne dürfen nicht länger buntes Papier bleiben. Dazu bedarf es aber der Reform unserer Baugesetze; sie müssen vereinfacht, vom Ballast befreit werden und Grundlagen für die Landerschliessung geben. Land ist genügend vorhanden, das haben uns weitsichtige Fachleute schon oft vorgerechnet. 10 Mio Menschen liessen sich bei uns ohne Schwierigkeiten ansiedeln, aber das erschlossene, das baureife Land fehlt. Das liegt nur an der Gesetzgebung. Wir wollen niemandem das Land stehlen, aber gutes Bauland müssen wir für die Ueberbauung frei bekommen. Unsere kantonalen Politiker im ganzen Lande sind aufzumuntern, vorwärts zu machen, denn das Bauwesen liegt zum grossen Teil in ihren Händen. Leuchtende Beispiele: der kleine Kanton Zug, der noch bäuerliche Halbkanton Obwalden, der Kanton Aargau und andere zeigen uns gangbare Wege. Es ist bemügend, wenn grosse und industriell starke Landesteile noch mit veralteten Gesetzen aus vergangenen Zeiten kutschieren. Die kantonalen Stellen, also die gleichen, wie wir vorhin gesehen haben, denen der Bund Vertrauen schenkt, sind aufgefordert, das vorzukehren, was das Bauen erleichtert. Von Kanton zu Kanton unterscheiden sich die Details der Vorschriften in erschreckendem Masse. Wie lange noch?

Aus diesem Fragenkomplex des Wohnens sticht die Alterswohnung als Sorge unserer Alten besonders hervor. Die alten Leute nehmen am Arbeitsprozess nicht mehr teil, sie leben von ihrer Rente oder von Ersparnissen. Die Geldentwertung und die steigenden Mieten treffen sie härter als uns. Ihre Bedürfnisse sind bescheiden: ein Zimmer, eine kleine Küche, ein Bad, eine Toilette

und dazu etwas Platz für die Effekten. Rund 30 bis 40 m² beanspruchen sie und nicht mehr. Eine handfeste und praktische Lösung bietet sich uns an, wenn wir die Frage der Alterswohnungen und -wohnheime dauernd lösen. Grosszügig meine ich, sehr viel grosszügiger als bisher müssten wir zu Werke gehen. Nicht nur für die Minderbemittelten, sondern auch für Angehörige des Mittelstandes müssten wir bauen, nein für alle, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Viele heute unterbesetzte Wohnungen — meist billige — würden frei, und unsere Alten, die an diesem Staat mitgearbeitet haben, wären wohl ihre grösste Sorge los. Und, wenn wir selbst einmal alt sind, dann stehen die heute geschaffenen Wohnungen auch uns zur Verfügung. Das Volk spart auf einfache Art für sich selbst.

In seiner Festrede zur diesjährigen Stiftungsfeier der Universität sagte Rektor Töndury über das Altern unter anderem treffend: «Das biologische Verständnis der Schwierigkeiten des alternden Menschen sollte unser soziales Verhalten ihm gegenüber beeinflussen.» Er macht uns auf die Tatsache aufmerksam, dass die Lebenserwartung im Jahre 1900 für einen Knaben 47, für ein Mädchen 50 Jahre betrug. Heute sind es für Knaben 70, für Mädchen schon 74 Jahre. Professor Adolf Portmann von der Universität Basel sagte neulich am Radio, bald würden die 100- ja 110jährigen Menschen nicht mehr wie heute zu den grossen Ausnahmen zählen. Wie hoch die Lebenserwartung in wenigen Jahrzehnten sein wird, wissen wir nicht. Wir dürfen aber annehmen, dass der Anteil der Alten stetig steigt, der Anteil derer also, die aus dem Arbeitsprozess ausscheiden müssen. Wir, die noch arbeiten dürfen, verdienen gut. Wir könnten, wenn wir uns anstrengten, überall im Lande Tausende von Alterswohnungen bauen, die unseren Alten wirklich billig bereitstünden. Die Bauern haben für ihre Alten das «Stöckli» gebaut. Warum bauen wir es nicht für die unsrigen? Das wäre eine wahrhaft eidgenössische und würdige Tat.

Die Anstrengungen auf dem Sektor des Wohnungswesens müssten von Anstrengungen auf dem Sektor des Verkehrs begleitet werden. Was nützt die schönste Wohnung, wenn sie weitab liegt und nur mit dem Auto erreichbar ist. Wir wissen es nachgerade, das Auto löst die Verkehrsprobleme nicht. Die grossen und mittleren Städte und viele Kleinstädte und Industriedörfer drohen unter der Last des täglichen Berufsverkehrs zu ersticken. Alle Strassen sind überlastet und so gefährlich geworden. Mehr als 1400 Verkehrstote im Jahr — davon über 100 Kinder — beweisen

deutlich, was ich meine. Wir müssen für Abhilfe sorgen. Man tröstet uns, unsere Ziffern lägen im europäischen Durchschnitt. Ist das ein Trost? Klagen uns nicht die unschuldigen Opfer an? Unsere Strassen — wir können sie ausbauen wie wir wollen, das Problem wird damit nicht gelöst, das zeigen uns die Städte aller Welt. Nur dann haben wir Aussicht auf Erfolg, wenn wir uns mit aller Energie für den öffentlichen Verkehr, die Eisenbahnen, die Strassenbahnen und Busbetriebe einsetzen. Die öffentlichen Instanzen wissen das. Der Mann der Strasse aber, der an den vier Rädern hängt, die ihm die Welt bedeuten, sollte das endlich ebenfalls merken. Das Volk muss dringend gebeten werden, allen, die am öffentlichen Verkehr in hoher oder niedriger Funktion arbeiten, zu helfen, damit die Verkehrsnot endlich beseitigt wird. Das bedarf jahrelanger, zielbewusster Arbeit und viel Verständnis für die Unzukömmlichkeiten während der langen Umbauperiode, vor der wir stehen.

Als das Auto aufkam, war es Luxusgut einzelner. Nach dem Krieg noch konnte es sich nur der gehobene Mittelstand leisten, heute ist es Allgemeingut geworden. Unsere Städte und Strassen, die grösstenteils noch vor dieser Autoflut gebaut worden sind, halten dem Druck nicht stand. Leicht ist es, Klage zu führen, leicht auch, Autostrassen zu fordern und dazu Abstellflächen in Hülle und Fülle, man erntet Lob. Verwirklichungen aber sind äusserst schwer durchzusetzen, und wenn sie da sind,

nützen sie nur wenig, weil inzwischen wieder Tausende von neuen Autos zirkulieren. Wieviel zweckmässiger ist es doch, wenn wir unsere öffentlichen Transportanstalten, die Tausende transportieren, erneuern. Wie viel schneller kämen wir zu brauchbaren Lösungen! Manche hören das, was ich eben sagte, nicht gerne, sie verdammen den Redner, der so etwas am nationalen Feiertag sagt. Ich habe mir vorgenommen, die Wahrheit zu sagen. Wenn wir nicht einsehen wollen, welchen Schaden uns das reine und so primitive Autodenken zufügt, so wird uns die nächste Generation zu Recht vorwerfen, wir hätten unsere Augen verschlossen, weil wir Angst hatten, der Wahrheit zu begegnen. Der Ausbau, die Modernisierung und auch die zeitgemässe Betriebsführung aller öffentlichen Verkehrseinrichtungen muss uns am Herzen liegen, selbst dann, wenn wir motorisierte Eidgenossen sind.

Es sei mir nun noch erlaubt, einen Blick in die Landschaft, in unsere gesegnete, schöne Schweiz zu werfen. Mit geschwellter Brust reden wir besonders am heutigen Tag von ihr. Unser Herz geht über, wenn Berge, Seen, Wald und Feld besungen werden. Wie steht es nun in Wirklichkeit mit dieser gepriesenen Schönheit. Sie ist in höchster Gefahr, sie, die uns erfreut, die unsere Gäste bei uns suchen. Wir — und ich meine nun speziell unsere Generation — treiben Raubbau an diesem köstlichsten Gut! Wo wir hinschauen, überall breitet sich der Unverstand aus.

Die Bescheidenheit, die uns einst auszeichnete, die Ehrfurcht vor Gott und seinen herrlichen Gaben, ist einer spekulativen, zerstörerischen Wut gewichen. Kein Hügel ist mehr vor uns sicher, kein Seeufer mehr. Bis hinauf in den Jura und die Alpen klettern die Ferienhäuser, die Appartementshäuser, die Hochhäuser. Wer unsere Kurorte heute nüchtern betrachtet, ist betrübt und beschämt über grauenhafteste Veranstaltungen. Darf oder muss das so sein? Engelberg, Montana-Crans, Davos, das Tessin, sie ächzen unter dieser zerstörerischen Last und klagen uns an. Neue und immer wieder neue Landschaften werden sinn- und wahllos geopfert. Wer sich wehrt, gilt als Hinterwäldler; wer den Rummel nicht mitmacht, ist reaktionär. Fälle, wie sie am Vierwaldstättersee in Brunnen, am Bielersee, im Reusstal vorgekommen sind, wo unsere Bauwut nicht Halt vor Schönstem machte, sollten uns aufrütteln, uns empören. Wir leben in den Tag hinein und stellen fest: Es war nichts zu machen, wir kamen zu spät. Immer das gleiche traurige Lied. Wenn wir den Fortschritt wollen, wohlan. Aber dieser darf nicht auf Kosten der Heimat erzielt werden. Gebe Gott uns die Kraft, die grosse Gefahr noch in letzter Stunde zu erkennen und den Mut, das Schöne vor dem Untergang zu retten. Andere, Mächtigere dieser Erde, setzen in diesen Tagen den Fuss auf den Mond. Wir als kleine und gefestigte Nation wollen hier unser Bestes geben. Wenn wir nur wollen, wir können es.

INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG

Induktive Durchflussmessgeräte für die Abwassertechnik

H. Bernard Krohne, Duisburg

Das magnetisch-induktive Durchflussmessprinzip eignet sich besonders zur Durchflussmessung von verschmutzten Flüssigkeiten, also z.B. von Abwässern. Gegenüber den bisher üblichen Durchflussmessmethoden bringt dieses Messprinzip besondere Vorteile. Da die Geräte keinerlei Einbaustörungen in der Rohrleitung enthalten, wie z.B. Messblenden o.a., besitzen sie keinen grösseren Druckverlust als eine Rohrleitung mit entsprechendem Durchmesser. Be-

sonders bei grossen Rohrdurchmessern geht also keine Pumpenenergie durch Ueberwindung eines zusätzlichen Druckverlustes verloren. Schmutz- und Feststoffe, die in der Flüssigkeit enthalten sind, haben keinen Einfluss auf das Messergebnis und beeinträchtigen die Messung nicht. Lineares elektrisches Standardsignal von 0—20 mA, das der Durchflussmenge direkt proportional ist. Grosses Messbereichsverhältnis von z.B. 1:100. Der Messbereich kann durch einfache Einstellung am Verstärker in weiten Grenzen verändert werden. So lassen sich z.B. bei Wasserwerken für den Nachtbetrieb hohe Eingangsempfindlichkeiten einschalten, um auch den abgesunkenen Wasserverbrauch genau erfassen zu können. Kein Einfluss der

Zähigkeit oder anderer Stoffkonstanten auf das Messergebnis, auch bei kleinsten Durchflussstärken und hohen Zähigkeiten.

Die magnetisch-induktiven Durchflussmessgeräte Typ Altoflux stellen die bis jetzt wohl technisch bestechendste Lösung des Durchflussmessproblems dar. Diese Geräte nutzen das Faradaysche Prinzip aus, nach dem z.B. in einer Flüssigkeit, die durch eine Rohrleitung fliesst und die sich dabei durch ein Magnetfeld bewegt, eine der Geschwindigkeit proportionale Spannung induziert wird. Zur Felderzeugung wird aussen auf das Rohr ein Spulensystem aufgebracht. An zwei Elektroden, die bündig mit der Rohrwand abschliessen, kann dann die der Strömungsgeschwin-